



Nachrichten

Freistaat will auf dem Land keine Schule mehr schließen

Sachsen hat seit 1995 über 1000 Schulen geschlossen. Damit soll nun Schluss sein, haben gestern zwei Minister angekündigt.

VON UWE KUHR

DRESDEN - Sachsen will ab sofort ein weiteres Schulsterben im ländlichen Raum verhindern. Das gaben gestern in Dresden die Minister für Kultus sowie für Umwelt und Landwirtschaft, Brunhild Kurth (parteilos) und Frank Kupfer (CDU), bekannt. Damit sind nach ihren Worten Grund- und Oberschulen im ländlichen Raum zunächst bis Mitte 2015 sicher, obwohl hier im Gegensatz zu den Ballungszentren ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten ist. Um langfristig Bestandsschutz zu erreichen, empfehlen sie, solle nach der Landtagswahl 2014 rasch das Schulgesetz geändert werden. "Die CDU geht davon aus, dass sie weiterregieren kann", so Kupfer. Für die Oberschulen besteht schon seit 2011 ein von der FDP angeregtes Moratorium, das bislang neun Einrichtungen gerettet hat.

"Gute Bildung dürfe sich künftig nicht nur auf die großen Städte beschränken", sagte Kurth. "Sie muss es im ganzen Land geben." Jeweils drei Viertel aller etwa 750 Grund- und 280 Oberschulen seien über die zehn Landkreise verstreut, der Rest verteile sich auf die Ballungsräume. Nach Prognosen des Kultusministeriums wären ohne Schutzschirm bis 2030 weitere gut 100 Schulen in ihrem Bestand bedroht. Praktisch engen die Initiatoren die Zahl der Regionen spürbar ein: Nicht unter den Schutzschirm dürfen Städte wie die Oberzentren Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Bautzen und Görlitz sowie die knapp 40 Mittelzentren von A wie Annaberg-Buchholz bis Z wie Zittau.

Auch ohne Gesetzesnovelle wird für die Grundschulen ab kommendem Schuljahr jahrgangsübergreifender Unterricht möglich. Durch die gemeinsame Beschulung von 1. und 2. Klassen sowie 3. und 4. Klassen seien geforderte Mindestschülerzahlen besser zu erreichen. Die Entscheidung läge bei den kommunalen Trägern. Ihnen legte Kurth ans Herz, Schulstandorte durch Zweckvereinbarungen mit Nachbarorten und veränderten Schulbezirken zu erhalten. Für die Oberschulen plant das Kultus mittelfristig auch einzügige Schulen.

Koalitionspartner FDP ist für den Vorstoß, drängt aber auf eine zügigere Umsetzung. Die Opposition will sofort eine Änderung des Schulgesetzes, ansonsten bliebe für die Linken alles "Schall und Rauch" und für die SPD das Konzept ein "schwarz-gelbes Placebo". Für den Landeselternrat ist es dennoch "ein Schritt in die richtige Richtung".



Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Freie Presse
Chemnitzer Zeitung
Samstag, den 21. September 2013
1

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)